

ORGANISATION DEMOKRATISCHER UNTERNEHMEN



Clemens Schimmele legt eine Publikation vor, die 2018 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommen wurde.

Zielgruppen sind laut Selbstdeklaration »Lehrende und Studierende der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Fach- und Führungskräfte im Genossenschaftswesen«. Interessant ist die Studie aber auch für diejenigen, die sich mit Fragen der Wirtschaftsdemokratie und mit Unternehmen beschäftigen, in denen demokratisch-selbstverwaltete Strukturen verankert werden sollen.

Schimmele geht der Frage nach, was die Erfolgsbedingungen für Produktivgenossenschaften sind. Dabei beschäftigt er sich besonders mit den Aspekten der Selbstfinanzierung und der Aufnahme neuer Mitglieder. Denn die beiden gängigen Thesen hierzu lauten, dass erstens die Mitglieder von Produktivgenossenschaften aufgrund des Fehlens einer hierarchischen Überwachung keinen vollen Arbeitseinsatz erbringen und zweitens, dass durch einen begrenzten Planungshorizont der Mitglieder die Selbstfinanzierung ausbleibe, nötige Investitionen nicht getätigt würden und aufgrund der verringerten Wettbewerbsfähigkeit die Produktivgenossenschaft wirtschaftlich scheitern würde.

Als empirische Basis wählte Schimmele sieben erfolgreiche Produktivgenossenschaften in den USA aus, darunter die größte amerikanische Produktivgenossenschaft »Cooperative Home Care Associates«, die 1985 gegründet wurde und zum Zeitpunkt der Untersuchung mit 2.100 Beschäftigten im Bereich der ambulanten Pflege agierte. Schimmele führte vor Ort insgesamt 18 Interviews durch, sowohl mit der Managementebene als auch mit einfachen Mitgliedern und legte hierzu 8.000 Kilometer zurück.

Das Ergebnis der Studie lässt sich anhand der Fallstudien auf folgende Kernaussagen verkürzen: Produktivgenossenschaften betreiben keineswegs weniger Selbstfinanzierung als andere Unternehmen und die Anstellung abhängig Beschäftigter bleibt im Durchschnitt begrenzt, vielmehr teilen die bisherigen Genossenschaftsmitglieder ihren Status mit neu hinzukommenden arbeitenden Mitgliedern.

Das Buch ist aufgrund der wissenschaftlichen Fachsprache keine leichte Kost. Für zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Anhänger einer Selbstorganisation in Wirtschaft und Gesellschaft ist es aber trotzdem eine spannende Anregung. Es macht Mut, die Organisationsform aufgrund ihrer demokratischen Ausprägung zu nutzen. Der Autor gibt Hinweise zu sinnvollen Einsatzmöglichkeiten, z.B. wenn Belegschaften in klein- und mittelständischen Unternehmen den Betrieb ohne Chef fortführen wollen. Eine Lösung, die mittlerweile auch in Deutschland in Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden wieder diskutiert wird. Hierzu finden sich bei Schimmele einige Anregungen.

Herbert Klemisch

Clemens Schimmele; Zur Organisation demokratischer Unternehmen - Eine Studie erfolgreicher Produktivgenossenschaften in den USA; Springer Gabler Verlag, Wiesbaden 2019, 481 Seiten, 64,99 Euro

RECHTSRATGEBER FÜR INITIATIVEN



Aus der praktischen Arbeit in und mit Selbsthilfegruppen habe sich vor gut zehn Jahren gezeigt, dass es keinen übersichtlichen Leitfaden für juristische Fragestellungen gegeben habe, sagt die Autorin Renate Mitleger-Lehner. Sie ist selbstständige Anwältin für Familienrecht und ehrenamtlich in einer Münchner Stadtteil-Selbsthilfegruppe sowie als Fachreferentin aktiv. Inzwischen ist ihr Ratgeber-Buch in der dritten Auflage erschienen und habe sich als juristisches Standardwerk etabliert.

Auch wenn mit dem Buchtitel nur Selbsthilfegruppen angesprochen werden und die Autorin oft die Fragestellungen von Gesprächskreisen bei chronischen Erkrankungen erörtert, sind viele der Themen beispielsweise auch für aktivistisch orientierte Mietergruppen oder lose Klima-Initiativen relevant: Wer tritt nach außen auf? Wer unterschreibt einen Mietvertrag? Wer ist für den Flyer presserechtlich verantwortlich? Die Autorin will zwar detailliert auf die Fragestellungen eingehen, aber gleichzeitig den LeserInnen »keine einengende Reglementierung entgegenzusetzen, sondern im Gegenteil mögliche Unsicherheiten verringern, um die Eigeninitiative zu bestärken und zu befördern«. Diese Gratwanderung gelingt meistens gut, da der Praxisbezug der Autorin spürbar ist.

Der Ratgeber ist übersichtlich in fünf Abschnitte gegliedert, wobei der Schwerpunkt im ersten Teil bei den Rechtsformen liegt. Die Autorin argumentiert dabei ausführlich, dass eine Initiative oder Selbsthilfegruppe nicht »einfach nur eine Gruppe« sei, sondern meistens als eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gelte. Die dafür existierenden Rechte und Pflichten stellt sie mit ihren Auswirkungen vor, ebenso in Kurzform auch die Vor- und Nachteile anderer Rechtsformen. Im zweiten Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf der praktischen Arbeit von Selbsthilfegruppen, dabei geht es um Fragen der Beratungstätigkeit, um mögliche Gesprächsregeln und Verschwiegenheitsfragen. Beispielsweise betont die Autorin mehrfach, dass der Grundsatz des »Erfahrungsaustauschs auf Augenhöhe« unter den Beteiligten immer präsent sein sollte.

Der dritte Abschnitt zum Datenschutz und zur Öffentlichkeitsarbeit ist in der Neuaufgabe aus Aktualitätsgründen aufgenommen worden. Erfrischend sachlich und unaufgeregt werden hier die neuen Regelungen mit ihren Auswirkungen besprochen. Im vierten und fünften Abschnitt geht es um Geld und Versicherungen, unter anderem also darum, wie ein Gruppenkonto eingerichtet werden kann sowie wann wessen Haftpflicht- oder Unfallversicherung einspringen sollte.

Auch wenn sich die teilweise trockene Materie kaum zur Lieblingslektüre von aktionsorientierten Gruppen mausern wird, bietet der Ratgeber doch ein hilfreiches Nachschlagewerk mit vielen praktischen und nützlichen Tipps.

Peter Streiff

Selbsthilfzentrum München, Renate Mitleger-Lehner (Hrsg.): Recht für Selbsthilfegruppen - ein Leitfaden für die Praxis. 3. aktualisierte und erweiterte Auflage, 201 Seiten, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, 2019, 19,50 Euro

BLAUPAUSE WEST



Das vielgelesene Buch von Steffen Mau mischt im Stile Eribons autobiografische Erinnerungen unter die soziologische Analyse. Der Professor für Makrosoziologie in Berlin beschreibt das Rostocker Neubaugebiet »Lütten Klein« aus der Innenperspektive, schließlich wuchs er dort auf. Zur Wendezeit war Mau Soldat bei der NVA, wo sich Soldatenräte bildeten. Im Herbst 1990, mit fast 22 Jahren, begann er ein Soziologie-Studium an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Wie Tausende andere zog er im Prenzlauer Berg in eine verlassene Wohnung ein. »Die Phase der Durchlüftung und der vielen unverhofften Möglichkeiten endete dann für mich nicht mit der Wiedervereinigung, sondern mit dem massiven Polizeieinsatz bei der Räumung der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain im November 1990.«

Sehr fundiert ist seine soziologische Analyse zum Leben der Ostdeutschen vor und nach 1989. Der erste Teil des Buches widmet sich dem Leben in der DDR. Mau beleuchtet die Wohnungsfrage, die blockierte soziale Mobilität, die Lebensführung im »Land der kleinen Leute«, die Familie und Privatheit, den Einschluss nach innen und die Abschottung nach außen sowie die »formierte Gesellschaft«.

Der zweite Teil des Buches heißt »Transformation«. Kaum jemand sah das abrupte Ende der DDR voraus, aber es gab »Indizien für eine Häufung von Problemen«. Die ökonomische Stagnation war ein wesentlicher Faktor und auch ideologisch hatte das System abgewirtschaftet. Immer mehr Menschen wanderten ab oder äußerten Widerspruch. Die Massentalent schmolz rapide dahin. »Es dauerte nur wenige Monate, ehe die Mechanismen der politischen Verriegelung wieder einrasteten.«

Die »Blaupause West« wurde auf den Osten übertragen. Die ostdeutsche »Gesellschaft der Habenichtse« unterschichtete den Westen, der westdeutsche Elitentransfer überschichtete die Sozialstruktur des Ostens. Der Autor beschreibt Aspekte wie Geburtenknick, Abwanderung und Männerüberschuss ebenso wie die mentale Verfasstheit und die »Verwilderung des sozialen Konfliktes«. »Vieles, was uns als »Kulturkampf« erscheint, ist ökonomisch grundiert. Man sieht Zuwanderer als »Vordränger in der Warteschlange« und fragt sich, warum die eigenen Anliegen so wenig Berücksichtigung finden.« Für meinen Geschmack wirft der Autor einen zu starken Blick auf die Normalbürger*innen, die Opfer des DDR-Systems finden genauso wenig Beachtung wie zum Beispiel die Opfer des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen.

Steffen Mau resümiert: »Die Windungen linksliberaler Identitätspolitik sind die Sache vieler Ostdeutscher nicht, viel eher erkennen sie sich in den traditionellen sozialen Fragen wieder oder machen sich den Schließungsdiskurs der Rechtspopulisten zu eigen.« Der Autor versteht das Buch als »Einladung zur Reflexion«. Leider fehlt die Antwort auf die Frage »Was tun?«. Trotzdem ein sehr lesenswertes Buch

Anee Seeck

Steffen Mau: Lütten Klein, Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 285 Seiten, 22 Euro

ZUKÜNFTIGE ARBEIT



Was wird aus der Arbeit, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst – oder nicht mehr wachsen soll? Das ist das Thema des vorliegenden Buches. Die Antwort der Herausgeberinnen lautet: Aus der Erwerbsarbeit muss ein »Tätigsein« werden. Was Tätigsein ist oder sein kann, erfahren wir, wenn wir dieses Buch lesen.

Seidl und Zahrt haben vor zehn Jahren im selben Verlag ein Buch mit einem ähnlichen Titel veröffentlicht: »Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft«. Nun legen sie nach, indem sie einen Schwachpunkt des Diskurses um Nachhaltigkeit und Postwachstum aufgreifen, nämlich die Gestaltung der Arbeit in einer Postwachstumsgesellschaft.

Ihre zentrale These lautet: »Soll sich unsere Gesellschaft aus der Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Erwerbsarbeitsplätze lösen, muss das Erwerbsarbeitsystem umgebaut werden.« Erwerbsarbeit darf nicht weiter ein so großes Gewicht haben und die Abhängigkeit des Sozialsystems von der Erwerbsarbeit muss verringert werden. Dies ist, für sich genommen, schon ein hehres Ziel, das aber begleitet werden muss von einem anderen Verständnis von Arbeit, das neben der Erwerbs-, Sorge- und Freiwilligenarbeit, Selbstversorgung und andere Formen der Nicht-Erwerbsarbeit berücksichtigt und diesen einen höheren Stellenwert zuweist.

Die Publikation gliedert sich neben dem einleitenden Artikel von Seidl und Zahrt in vier Kapitel. Der erste Teil ist mit »Grundlegendes« überschrieben und beinhaltet drei Beiträge, die sich u.a. mit der geschichtlichen Entwicklung von Arbeit (Komlosy) sowie der Neubewertung von Arbeit befassen (Gerold). Teil Zwei beschreibt AkteurInnen einer Neuinterpretation von Arbeit als »Tätigsein«, so der verbindende Begriff für das neue Narrativ des hier vorliegenden Bandes. Das Kapitel beschreibt in vier Beiträgen die Rolle von vier AkteurInnen zu dieser neuen Form des Arbeitens, dem Tätigsein: Die Rolle der Konsument*innen (Fischer/Stieß), der Unternehmen (von Jorck/Schrader), der Gewerkschaften (Reuter) und von freigeinnützigen Einrichtungen (Wehner).

Kapitel 3 analysiert konkrete Bereiche des Tätigseins: Dies sind die Sorgearbeit, die Landwirtschaft und die Digitalisierung. In den drei Aufsätzen zu Kapitel 4 wird der sozioökonomische Kontext bearbeitet. Dort geht es um das Thema soziale Sicherung, ein Abgabensystem, das die Arbeit fördert. Dieser Teil wird mit einem Exkurs zur Arbeit in Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen.

Das von Seidl und Zahrt herausgegebene neue Buch ist absolut empfehlenswert. Es ist voll anregender Ideen zur Art und Weise, wie Wirtschaft und Gesellschaft sich in Zukunft entwickeln werden oder entwickeln sollten. Der Begriff »Tätigsein« könnte im allgemeinen Sprachgebrauch heimisch werden, wenn es darum geht, die Postwachstumsgesellschaft arbeitspolitisch zu gestalten.

Herbert Klemisch

Irmi Seidl / Angelika Zahrt (Hrsg.): Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft; Metropolis Verlag, Marburg 2019, 262 Seiten, 18 Euro

BETRIEBSBESETZUNGEN UND SELBSTVERWALTUNG



Seit Jahren beschäftigt sich Dario Azzellini mit der ArbeiterInnenselbstverwaltung. Jetzt gibt er einen guten Überblick über selbstverwaltete Betriebe in Frankreich, Italien, Griechenland, Brasilien, Argentinien, Venezuela, Ex-Jugoslawien, den USA, der Türkei und Ägypten.

Azzellini verwendet in dem Buch durchgehend den Terminus »rückeroberte Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle« (RBA) und führt den Begriff in der Einleitung so ein: »Als RBA werden Betriebe bezeichnet, die zuvor als kapitalistisches Unternehmen existierten und deren Schließung oder Bankrott zu einem Kampf der ArbeiterInnen um eine Übernahme unter ArbeiterInnenselbstverwaltung geführt hat« (S.8). Vorbild für viele der vorgestellten Betriebe war Argentinien. Dort wurden während der Krise um 2001 gleich mehrere Betriebe besetzt. Die KollegInnen machten einen Prozess durch, den Azzellini bei allen von ihm beschriebenen Betrieben beobachtet hat: »Im Laufe des Kampfes entwickeln und übernehmen die meisten Betriebe egalitäre und direktdemokratische Praktiken und Strukturen und bauen Beziehungen zu anderen sozialen Bewegungen und kämpfenden ArbeiterInnen auf.« (S.9) Besonders aktiv ist die Belegschaft der Seifenfabrik Vio.me in Griechenland, deren Produkte mittlerweile ebenso in Deutschland bestellt werden können, wie die Biotees der RBA Scop Ti, vorher Fralib in der Nähe von Marseille. Azzellini beschreibt den langen Kampf der Belegschaft gegen die drohende Schließung, der bei den verbliebenen ArbeiterInnen zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein geführt hat: »Wir haben uns gegen Milliarden erhoben. Sie haben gesagt, dass wir verrückt sind. Aber letztlich hat sich unser Wahnsinn ausgezahlt«, wird im Buch ein Beschäftigter zitiert (S.28).

Doch um überleben zu können, müssen sich die Betriebe auf dem Markt behaupten. Azzellini geht auf diese Problematik ein und formuliert sehr vorsichtig, »dass die RBA weder ihre Beziehungen zum Markt noch zum Staat auflösen können« (S.111). Schade, dass er auf die Alltagsprobleme von selbstverwalteten Fabriken im Kapitalismus nicht noch ausführlicher eingeht. Das gilt auch für das Kapitel zu den rückeroberten Betrieben in Venezuela. Schließlich hat Azzellini bei der Beurteilung des bolivianischen Prozesses nach dem Regierungsantritt von Chavez das Augenmerk auf die Selbstorganisation von Teilen der Bevölkerung in den Stadtteilen, aber auch in den Fabriken gelegt. Gerade in einer Zeit, in der fast in allen Medien nur von der Krise in Venezuela die Rede ist, stellt sich die Frage, welche Rolle diese Ansätze von Selbstorganisation der Bevölkerung heute in dem Land spielen. Daher enttäuscht es etwas, wenn das entsprechende Kapitel mit dem Satz eingeleitet wird: »In Venezuela ist die Situation wiederum ganz anders und viel zu komplex, um hier umfassend dargestellt werden zu können« (S.87). Diese Kritik schmälert allerdings nicht Azzellinis Verdienst, in seinem Buch einen guten Überblick über selbstverwaltete Betriebe zu geben.

Peter Nowak

Dario Azzellini: Vom Protest zum sozialen Prozess. Betriebsbesetzungen und Arbeiter in Selbstverwaltung, VSA-Verlag, Hamburg 2018, 150 Seiten, 12,80 Euro